

Bern

ANZEIGE

Lorenz Hess Die Mitte



neu in den Ständerat
wieder in den Nationalrat
lorenz.hess.ch

Nachrichten

Polizei löst kurzzeitige Pro-Palästina-Demo auf

Stadt Bern Gestern Vormittag sind rund zwei Dutzend Menschen einem spontanen Demoauftritt auf Telegram gefolgt und haben sich vor der BEKB beim Bundesplatz zu einer Pro-Palästina-Kundgebung versammelt. Die Polizei, die auf dem Bundesplatz mit drei Wagen Präsenz zeigte, wies die Menschen weg. Die Demonstrierenden zogen daraufhin zum Bahnhofplatz. Die Polizei löste die Demonstration bereits nach rund zehn Minuten auf. (jsp/ske)

Chefbeamte sollen mehr für Parkplatz zahlen

Stadt Bern Der Gemeinderat muss prüfen, ob die Parkplatzgebühren für die städtischen Angestellten an den Lohn gekoppelt werden sollen. Mit 36 zu 19 Stimmen hat der Stadtrat ein Postulat aus den Reihen der SP überwiesen. Heute zahlen alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung pro Monat 54 Franken für ihren Parkplatz. Bernadette Häfliger und Bettina Stüssi (SP) wünschten sich sozial gerechtere Gebühren: Künftig sollten allen Mitarbeitenden 0,5 Lohnprozent in Rechnung gestellt werden. (SDA)

Citysoftnet-Panne kostet 100'000 Franken mehr

Stadt Bern Die Stadt Bern erklärt die Probleme mit Citysoftnet als gelöst. Noch im September hatte der Gemeinderat wegen der Schwierigkeiten mit Mehrkosten von 955'000 Franken gerechnet. Inzwischen aber stellt er einen Nachkredit in der Höhe von 1,055 Millionen Franken in Aussicht. Insbesondere im Bereich des Kinder- und Erwachsenenschutzes hatte die Einführung von Citysoftnet diesen Sommer zu Problemen geführt. So konnten Rechnungen nicht fristgerecht abgewickelt und Zahlungen nicht ausgelöst werden. (SDA)

Abu Ramadan vor Obergericht

Biel In einem Monat, am 20. November, verhandelt das Obergericht den Fall Abu Ramadan. Die Bieler Imam wehrt sich gegen die Verurteilung wegen Betrugs und Rassendiskriminierung. Bereits nach der Urteilseröffnung des Regionalgerichts Berner Jura-Seeland im Juni 2022 erklärte sein Verteidiger, dass er den Schuldspruch nicht akzeptieren werde. Das Regionalgericht in Biel verhängte eine bedingte Freiheitsstrafe von 14 Monaten und einen Landesverweis für sechs Jahre. (hus)

Berner Parteien setzen weiterhin auf die Papierschlacht

Trotz verschmierter Wahlplakate In wenigen Tagen verschwindet ein Grossteil der politischen Werbung aus Bern. Was hat die Plakatierung gebracht ausser verunstalteten Köpfen?

Jana Kehl und Vittoria Burgunder

Dieses Wochenende stehen die eidgenössischen National- und Ständeratswahlen an. Eines ist bereits jetzt klar: Der Kampf um die Parlamentssitze war im Kanton Bern auch eine Papierschlacht. Im Wahlcouvert wurde diese mit bunten Flyern, auf den Strassen mit Plakaten in jeglichen Formaten ausgetragen.

Die Berner Bevölkerung behandelt die Wahlkampfwerbung nicht immer mit Respekt. Von abgerissenen Stellen, Clownnasen und geschwärzten Zähnen bis hin zum Hitlerschnäuzchen: Wege, um den Widerwillen gegenüber einer bestimmten Partei oder deren Kandidierenden auf offener Strasse auszudrücken, gibt es viele. Wo dabei Kreativität aufhört und Vandalismus beginnt, beurteilen die Berner Parteien unterschiedlich.

Plakate auf Vorrat

Bei der Berner SVP habe man eine klare Haltung, sagt deren Geschäftsführerin Aliko Panayides: «Den Kandidierenden empfehlen wir, immer Anzeige zu erstatten.» Die Verantwortlichen seien so auch schon ausfindig gemacht und gebüsst worden.

Die Beschädigung von politischer Werbung sei mit ein Grund, weshalb die SVP in der Stadt Bern weniger Plakate montieren lasse: «Für uns ist die Stadt Bern nicht das ideale Feld, da sie rot-grün dominiert ist und die Plakate fast täglich ersetzt werden müssen.» Deshalb setze man bei der Plakatierung verstärkt auf den Rest des Kantons, wo die politische Verteilung «ausgewogener» sei, so Panayides.

Eher selten betroffen sind Wahlplakate von der Mitte, der FDP und der GLP. Auf die leichte Schulter nehmen sie es dennoch nicht: «Die Vandalen verstehen es wohl als Kavaliersdelikt, aber das ist es nicht: Es ist ein Angriff auf die Meinungsvielfalt und auf



Sie prägen das Stadtbild in der Wahlkampfphase. Doch ist die Papierschlacht mit Plakaten noch zeitgemäss? Foto: Enrique Muñoz Garcia

unsere lebendige Demokratie», sagt Sibyl Eigenmann, Co-Präsidentin der Mitte Kanton Bern.

Ausserhalb der rot-grünen Bundesstadt sind auch die Plakate linker Parteien von Beschädigungen nicht ausgenommen. So weisen die Grünen auf Fälle in Thun oder Münsingen hin.

Die Haltung unterscheidet sich aber von jener der SVP: «Verunstaltungen der Plakate gehören zur Politik weitgehend dazu», sagt etwa Anna Tanner, Co-Präsidentin der SP des Kantons Bern. Deshalb betrachtet man bei der SP Anzeigen «nicht als zielführend». In Situationen, in denen etwa widerrechtliche Parolen hingeschmiert würden, könne eine Anzeige schon eher sinnvoll sein. «In der Regel über-

lassen wir den Entscheid der Person auf dem Plakat.»

Alle Parteien bestellen jeweils Zusatzaufgaben. Wenn die beauftragten Betreiber verunstaltete Plakate bemerken, wechseln sie diese als Eigenleistung aus.

Noch zeitgemäss?

Wahlplakate stellen bei den Kantonalparteien einen wichtigen finanziellen Aufwand dar: Bei der Mehrheit machen diese etwa ein Sechstel des Gesamtbudgets aus. Kandidierende, die noch mehr Plakate von sich selbst im öffentlichen Raum anbringen lassen möchten, zahlen dies aus der eigenen Tasche.

Doch ist die Wahlwerbung auf Papier noch zeitgemäss, zumal die Kampagnen zunehmend in

den sozialen Medien verlegt werden? Eine rückgängige Nachfrage beobachtet die Allgemeine Plakat-Gesellschaft (APG/SGA) jedenfalls nicht. Zurzeit hängen im Kanton Bern etwa 1800 politische Plakate auf den Werbeflächen des Unternehmens. «Wir stellen zwar fest, dass die Parteien sowie auch die einzelnen Kandidierenden neue Kanäle ausprobieren.» Das Plakat im öffentlichen Raum bleibe aber ein wichtiger und fester Bestandteil im Kommunikationsmix.

Die Grenzen des Digitalen

Aus Sicht des Direktors von Anée Politique Suisse an der Universität Bern macht es durchaus Sinn, auf Wahlplakate zu setzen: «Wir haben Untersuchungen

durchgeführt, die zeigen, dass die meisten Menschen politische Werbung im öffentlichen Raum wahrnehmen – und eher nicht auf Social Media», so Marc Bühmann. Deshalb rechnet er nicht damit, dass die politische Werbung auf sozialen Plattformen in den nächsten Jahren jene auf der Strasse und vor allem in den Zeitungen ersetzen wird.

Plakate machen dort Sinn, wo die Parteien eine grosse Wählerbasis haben: «Studien zeigen, dass politische Werbung vor allem mobilisierend wirkt.» Ein gewisses politisches Interesse müsse dafür bereits vorhanden sein. Es sei jedoch «eher naïv», zu glauben, mit Plakaten Wählende der konkurrierenden Partei für sich gewinnen zu können.

BE-Post

Viele bescheidene Menschen

Liebe Vereinsmitglieder

Nachdem an dieser Stelle in letzter Zeit des Öfteren geschimpft wurde – etwa über unvorsichtige Velofahrerinnen oder Zigarrenraucher –, soll es diesmal ein grosses Dankeschön geben.

Es geht an alle, die einem Verein angehören. Vielen Dank für Eure ehrenamtliche Arbeit. Für all die Stunden, die Ihr einsetzt, um zusammen zu turnen, zu musizieren, zu singen, die Natur zu schützen oder Theater zu spielen. Ihr trefft Euch regelmässig, ganz altmodisch analog von Mensch zu Mensch und pflegt ein Hobby.

Ihr seid nicht wenige, auch wenn viele Vereine seit Corona um ihr Überleben kämpfen: Die



Website vereinsverzeichnis.ch listet im Kanton Bern 1832 Vereine auf. Nehmen wir an, im Durchschnitt hat jeder 25 Mitglieder, dann sind wir bei 170'800 Menschen, die sich engagieren. Das ist jede/jeder Sechste der gut 1 Million Bernerinnen und Berner.

Vereine führen Generationen zusammen, politisch Andersdenkende sowie Menschen aus sozial unterschiedlichen Schichten. Im Bestreben, ein

gemeinsames Ziel zu erreichen, wird kreuz und quer durch alle Lebensentwürfe hindurch zusammengespant. Genau so, wie Mani Matter in seinem Chanson «Mir hei e Verein» es beschrieb:

«Und de gsehn i de settig, die ghöre derzue / Und hei doch mit mir im Grund gno nüt z'tue / Und anderi won i doch piess derzue / Ghöre nid derzue.»

Nach dem Einsatz zugunsten der Natur, nach der Musikprobe oder dem Handballtraining sitzt Ihr, liebe Vereinsmitglieder, zusammen, trinkt etwas, diskutiert. Über das eben Erledigte oder Erlebte und über alles, was Euch sonst noch bewegt und interessiert. Das kann lustig sein. Oder auch nicht. Nur weil man einander gut kennt, muss

man nicht immer einer Meinung sein. Hitzige Diskussionen, vielleicht sogar Streit, bleiben da nicht aus.

Liebe Vereinsmitglieder, Ihr seid keine Übermenschen, auch Ihr vergreift Euch zuweilen im Ton, seid manchmal ungerecht und ungeduldig. Aber immer gibt es da das Wissen um das gemeinsame Hobby. Die Freude, etwas zu teilen. Den Willen, zusammen ans Ziel zu kommen. Vielleicht seid Ihr darum ein bisschen nachsichtiger als manche Individualisten, die Vereinsarbeit als altmodisch abtun.

Etwas aber seid Ihr gewiss: Bescheidener als andere. Denn wenn Ihr gewählt werdet, in den Vorstand Eures Vereins oder eines übergeordneten Verbandes, geht das in der

Regel ohne öffentlichkeitswirksames Gezänk, ohne Plakate am Strassenrand und ohne Werbung in eigener Sache.

Zugegeben, der Vergleich mit dem politischen Wahlkampf diesen Herbst mag hinken, Vereinsämter sind weit weniger begehrt als ein Sitz im nationalen Parlament. Es winkt ja auch kaum öffentliches Prestige und schon gar kein Geld. Aber genau darum verdient Euer Engagement Respekt.

Merci viu Mau.

Cornelia Leuenberger

In der «BE-Post» schreiben wir an Menschen oder Gegenstände, die uns nerven, inspirieren oder schmunzeln lassen. be-post@tamedia.ch